

Das Ende der Alleinherrschaft

Wenn Wolfgang Schäuble im Dezember auf den Posten des CDU/CSU-Fraktionschefs überwechselt, wird in Bonn ein neues Machtzentrum entstehen. Schäuble will

Kohls Alleinherrschaft in der CDU brechen und den Verfall der größten Regierungspartei stoppen. Für den Ernstfall hält sich Schäuble als Kohl-Nachfolger bereit.

Die Unionschristen dürfen hoffen. Am 25. November wird Wolfgang Schäuble zum neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Von diesem Tag an soll der Regierungs- und Parteichef nicht mehr tun und lassen können, was er will.

Eine neue Erfahrung für Kohl: Bislang waren es immer parteiinterne Gegner, die ihm nahetraten und die er allesamt kleinmachte, bis nur er über der CDU thronte.

Nun hat er es mit einem zu tun, den er „meinen Freund“ nennt, den er als loyalen Kampfgefährten kennt und der ihn dennoch um seine Allmacht bringen will – erst „ein Stück weit“, so des Juristen Schäuble Lieblingsausdruck, und dann immer noch ein Stück weiter.

Die Fraktion wird, dazu ist der Nachfolger Alfred Dreggers fest entschlossen, zu einem neuen Machtzentrum aufgebaut. Bei Schäuble sollen die wichtigen Fäden zusammenlaufen. Hier werden künftig Entscheidungen gefällt oder vorgeprägt.

Schäuble will mit dem FDP-Fraktionschef, Hermann Otto Solms, den er schätzt, künftig Handlungsfähigkeit wie Zusammenhalt der Koalition sichern. In der Regierung haben sich die Koalitionäre kaum noch etwas zu sagen. Kohl und FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher können sich schon lange nicht mehr ausstehen, zwischen FDP-Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann und CSU-Finanzminister Theo Waigel herrscht offene Feindschaft.

Die Kabinettsmitglieder müssen sich künftig frühzeitig bei Schäuble melden, wenn es um umstrittene Gesetzesvorhaben geht. Der neue starke Mann vor Vertrauen: „Die Minister werden von der Fraktion eingebunden, das ist keine Frage.“ Vorbei die Zeiten, daß die Fraktion immer wieder Vorlagen der Regierung zu übernehmen hatte, gegen die es unter den Abgeordneten Vorbehalte gab.

Schäuble wird die Fraktionsführung straffen, seinen Stellvertretern klar abgegrenzte Sachgebiete zuweisen und so

die politische Arbeit von Fraktion und Regierung aufeinander abstimmen – was bisher kaum geschah.

Und weil es so schlecht um die Partei steht, will der Mann im Rollstuhl auch diese Aufgabe übernehmen. Von der Fraktion aus sollen künftig die Impulse kommen, die der CDU wieder Mut machen; sollen die Themen vorgegeben werden, über die sich mit den politischen Gegnern streiten läßt.

Den Kanzler und Parteivorsitzenden möchte Schäuble mehr und mehr „auf die ihm zukommende Staatsmann-Rol-

le“ abdrängen. Er will ihm die „zurückgelegene Linie, wo der Feldherr seinen Platz hat“, nahebringen. Der künftige Fraktionschef setzt auf Kohls Neigung zur Bequemlichkeit und darauf, daß der erste Kanzler des vereinten Deutschlands weiß, daß er bereits vieles erreicht hat.

Schäuble macht kein Hehl mehr daraus, daß er Kohl als Kanzler nachfolgen will. Er sieht seine Zeit heranreifen.

Diese Last, sagt er zwar, wolle er „jetzt“ nicht übernehmen. Aber die Bereitschaft zur Kanzlerschaft wächst, je



Partelfreunde Schäuble, Kohl: „Wo der Feldherr seinen Platz hat“

besser das Attentatsopfer mit seiner Querschnittslähmung zurechtzukommen lernt.

Schäuble hat sich im Urlaub gut erholt, vorigen Dienstag saß er sechs Stunden lang in der Fraktion und arbeitete dann ohne Pause bis nach 23 Uhr in seinem Innenministerium. Inzwischen kann er sich mit eigener Kraft aus dem Bett in den Rollstuhl setzen, will Tischtennis spielen. Er versucht, sich aus eigener Kraft zu versorgen. Im nächsten Jahr will er wieder selber Auto fahren.

Helmut Kohl kann es sich nicht mehr erlauben, einen wie Schäuble, den er als Fraktionschef wollte, nach gewohnter Manier zu dükken. Er ist auf den Mann mit dem Überblick angewiesen – mehr als je zuvor.

Alles hat der Pfälzer an sich gezogen. Alle anderen CDU-Größen, die einstmals zum Wohlgefallen des früheren Wahlkampfprofis Peter Radunski wie „Leuchttürme“ in die Partei und die Gesellschaft hineinstrahlten, hat er kleingekriegt.

Die Partei, der Kohl vorsitzt, um die er sich aber nicht kümmert, beschreibt der Londoner *Economist* als „ein Trümmerfeld“. Die CDU „zersetzt sich“, klagt Ronald Pofalla, Anführer der „Jungen Gruppe“ in der Unionsfraktion; sie „verfault“, befindet Hermann Gröhe, der Vorsitzende der Jungen Union.

Zuviel hat Kohl in der Parteiarbeit versäumt, seit er 1989 auf dem Bremer Parteitag gegen die Putschisten um Heiner Geißler und Lothar Späth ob siegt hat. Der Kanzler der Einheit, in der Union unantastbar und für die Bundestagswahl 1994 der logische Kanzlerkandidat, verliert seinen Nimbus.

Im Parteivolk wächst die Furcht, daß mit Kohl 1994 die Macht nicht zu erhalten ist. Seine Hoffnung, man müsse nur eine „Durststrecke“ überwinden, bis es von 1993 an in der Ex-DDR aufwärtsgehe, und der dankbare Bürger werde dafür die CDU mit dem Wahlstiefel belohnen, stößt auf Skepsis.

Trotz der guten Konjunktur hat die Union bei Regionalwahlen seit 1983 stetig Verluste eingefahren. Heiner Geißler steht in der CDU-Führung nicht allein mit seiner Einschätzung, Kohl hätte schon die Bundestagswahl



Anti-CDU-Demonstration (in Berlin): „Eine Durststrecke“

1990 verloren, wenn nicht das Wunder der Einheit geschehen wäre.

Wunder wiederholen sich nicht. Und die Konjunktur läuft nicht mehr so rund. Skeptiker in der Partei ängstigen sich, die Wirtschaft könne zu lange in der Talsohle verharren, und sie sorgen sich vor allem darum, die Wähler könnten der CDU nicht mehr zutrauen, am besten mit ihrem Geld umzugehen.

Groß ist die Furcht vor einem Einbruch bei der Landtagswahl am 5. April 1992 in Baden-Württemberg, dem letzten CDU-regierten Land des Westens. Seine sparsamen Landsleute, ahnt der Badener Schäuble, könnten es der CDU heimzahlen, daß nun außer den Steuern auch jene Beiträge steigen, die Patienten für Arzneimittel zu zahlen müssen.

Kohl dämmert, daß er wieder lernen muß, Macht und Verantwortung zu teilen. Schäuble glaubt, sein Parteichef habe das bereits verstanden.

Die Lage der Union, darin stimmt die Mehrheit der Präsidiumsmitglieder überein, ist heute schlimmer als vor zwei Jahren, „viel schlimmer“ (Rita Süsmuth). Damals hatte Geißler die Öffnung der Partei hin zu neuen Wählergruppen betreiben wollen und war an

Kohl gescheitert. Die CDU verlor seitdem an Ansehen, an Mitgliedern, bei Wahlen.

In mehr als 300 Ortsvereinen, ergab eine unter Verschluss genommene Erhebung des Adenauer-Hauses in den westlichen Bundesländern, ist kein Mitglied jünger als 40 Jahre. Fast ebenso viele Ortsvereine mußten eingestehen, nicht eine einzige Frau in ihren Karteien zu führen. Über 1000 Ortsvereine meldeten: kein Mitglied unter 30 Jahren.

Weit entfernt ist die CDU vom Ziel einer Volkspartei. „Die Repräsentanz der Arbeiter und gewerblich Auszubildenden in der Partei“, schrieb Jürgen Rüttgers, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, im Parteiblatt *Sonde*, „liegt ganz erheblich unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung.“

Rüttgers nennt Gründe, warum es sich nicht lohnt, in die CDU einzutreten: „Ausreichende Gelegenheit zur Mitbestimmung in der Partei fehlt.“

Und: „Auch nimmt die CDU die Themen, die in der Bevölkerung die Men-

schen bewegen, häufig nicht, zu wenig oder zu spät auf.“ Und: „Eine systematische Mitgliederwerbung findet nicht statt.“

Folge: „Die Partei leidet bereits heute auf allen Ebenen unter zuwenig Bewerbern für Wahlämter. Dies schadet der Qualität der politischen Arbeit und der Repräsentanz im Hinblick auf die Bevölkerung.“

Wie seit Adenauers Zeiten ist die Partei abhängig von der Teilhabe an der Macht. Fällt diese Stütze wie jetzt nach den Wahlen in Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz weg, ist die CDU ohne jede Orientierung.

Die Niedersachsen-CDU mußte ihren Parteitag in Stade mangels Beschlußfähigkeit abbrechen. Zuvor hatten die Delegierten ihren Gast aus Baden-Württemberg, den CDU-Ministerpräsidenten Erwin Teufel, brüskiert. Sie stimmten ab, ob er zu ihnen reden dürfe. Er durfte – bei 127 Ja- und 125 Nein-Stimmen.

Die CDU-Probleme in diesen Ländern rühren daher, daß vordem alles auf die Ministerpräsidenten zugeschnitten war. Nach der Abwahl brach fast alles weg. Ernst Albrecht, Walter

Wallmann und Carl-Ludwig Wagner verabschiedeten sich beleidigt in die Versenkung, die CDU ging kopflos in die ungewohnte Opposition.

Menetekel für Bonn? Auch auf Bundesebene werde die CDU mit einem Alteinherrscher Kohl allzu tief stürzen, sorgen sich Geißler wie Schäuble. Schon deshalb soll dessen Allgewalt eingedämmt werden.

Die CDU hat die Macht in vielen Gemeinden, großen Städten, fast allen Ländern verloren und weder Konzepte noch Köpfe, um sie zurückzugewinnen. Die bisherige Praxis, Bonner Würdenträger wie Norbert Blüm oder Klaus Töpfer als Spitzenkandidaten für Landtagswahlen auszuleihen, hat sich nicht bewährt. Die SPD hielt ihre Top-Leute wie Rudolf Scharping oder Gerhard Schröder nach Niederlagen in der Provinz, wo sie für ihren Erfolg arbeiteten.

„Einen vergleichbaren dramatischen Ansehensverfall einer Partei in so kurzer Zeit hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben“, warnte der frühere Planungschef der Bonner CDU-Zentrale, Wulf Schönbohm, seine Parteifreunde.

Der Popularitätsverfall ist kurzfristig nur schwer rückgängig zu machen. Dahinter steht die Enttäuschung der Ostdeutschen, daß der von Kohl im Wahlkampf suggerierte Blitz-Aufschwung ausgeblieben ist. Zum anderen registrieren die Kohl-Fans zwischen Gera und Greifswald verbittert, daß sie zwar die West-CDU wählten, aber die alte Ost-CDU bekamen (siehe Seite 21).

Die überraschenden Wahlerfolge der Christdemokraten – von der DDR-Volkstammerwahl im März 1990 bis zur ersten gesamtdeutschen Wahl im Dezember – bescherten der Partei im

Setzt sie allzu forsch auf die kleinen Reformgruppen in der Ost-CDU, vor allem die Ex-Mitglieder des Demokratischen Aufbruchs, vergrault sie große Gruppen an der Parteibasis und fördert Abspaltungstendenzen. Läßt sie die Altkader weiter gewähren, wird sie die grassierende CDU-Verdrossenheit im Osten nicht stoppen.

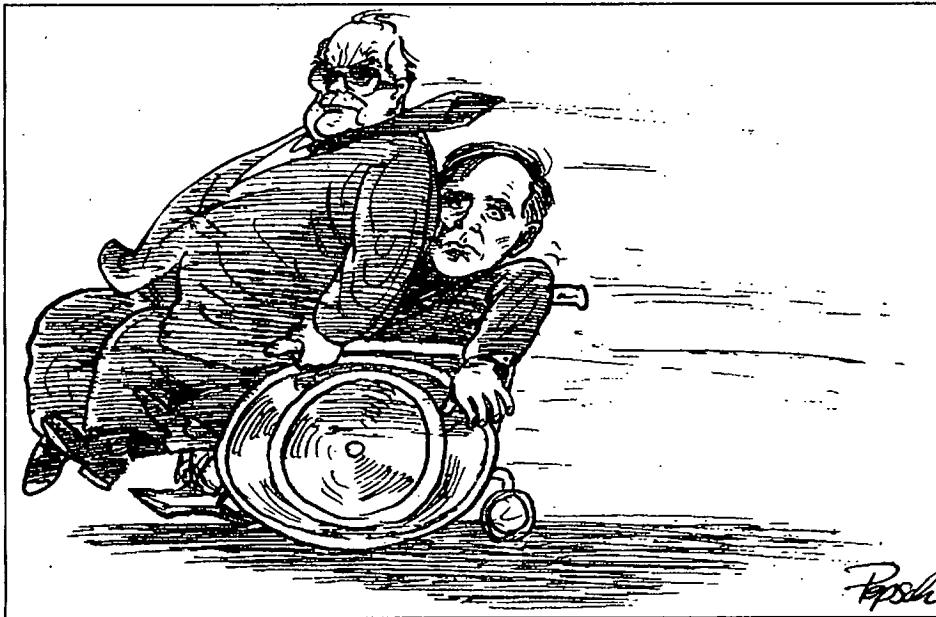
Vor allem hat sie Probleme mit der eigenen Glaubwürdigkeit. Noch bis kurz vor der Volkskammerwahl im März vorigen Jahres wollten die Bonner Christdemokraten mit der DDR-CDU nichts zu tun haben. Die Blockflöten um Parteichef Gerald Götting waren Kohl und Rühle zutiefst suspekt, jeder offizielle Kontakt zwischen den Parteien blieb bis zur politischen Wende in der DDR verboten.

Selbst den Götting-Nachfolger Lothar de Maizière hielten die Bonner zunächst sorgsam auf Distanz. Als der Chef der DDR-CDU im Winter 1989 das Konrad-Adenauer-Haus besuchte, ließ man ihn nur durch einen Kellereingang herein. Der Referent, der sich ihm als Gesprächspartner zur Verfügung gestellt hatte, wurde von Generalsekretär Volker Rühle gerüffelt. Jeder förmliche Kontakt, der nach politischer Gemeinsamkeit gerochen hätte, war tabu.

Trotzdem stellten Kohl und Rühle wenige Wochen später die inneren Widerstände zurück und schmiedeten mit Lothar de Maizière und seiner Ost-CDU erst die „Allianz für Deutschland“, dann eine gesamtdeutsche Partei – ein Bündnis, das auf beiden Seiten auf politischem Opportunismus aufbaute. Die Aussicht auf den gemeinsamen Wahlerfolg verdrängte die Einsicht in die Verschiedenheit.

Vom Profil einer christlich-demokratischen Partei, konstatiert Wulf Schönbohm, „war und ist in der Ost-CDU beinahe nichts vorhanden“. Führungspersonal, Mitgliedschaft, Programmatik – überall schleppe die CDU in den fünf neuen Ländern den Ballast der alten Zeit mit. Der Ost-CDU sei bei der Vereinigung „die Programmatik der West-CDU übergestülpt“ worden: „Nun trägt sie ein politisches Kleid, das ihr vorn und hinten nicht paßt.“

Für die Partei-Oberen in Bonn verspricht das eine Sisyphusarbeit. Sie müssen die programmatische Runderneuerung bei gleichzeitigem Revirement des Führungspersonals erreichen. Die Vorgaben des Kanzlers: Bis zu den nächsten Wahlen im Osten, die zur Erleichterung der Partei erst 1994 anstehen, soll die CDU weitgehend von Altlasten befreit sein.



Raus aus der kritischen Zone

Süddeutsche Zeitung

Die CDU-Krise im Westen verschärfte sich über Jahre langsam, aber stetig; in den fünf neuen Bundesländern jedoch geriet ihr Niedergang zum Sturzflug.

CDU-Chef Kohl hat sich um die Parteiarbeit im Osten nicht ernsthaft gekümmert. Er schuf sich ein Alibi, indem er den Ossi Lothar de Maizière zu seinem einzigen Stellvertreter machte.

Während Kohls Mannen bei der Bundestagswahl im Dezember vorigen Jahres im Osten noch um fast 20 Prozent vor der SPD gelegen hatten und damit viel zum gesamtdeutschen Wahlsieg beitrugen, meldeten die Demoskopen ab Jahresbeginn einen schnellen Niedergang. Allein im Frühjahr 1991 wechselten bei Umfragen 1,7 Millionen CDU-Wähler zur SPD, im Spätsommer lagen die Christdemokraten zeitweise 14 Punkte hinter den roten Rivalen.

Osten Tausende von Mandaten, noch ehe sie ihre Reihen ausreichend nach belasteten Mitgliedern abgesucht hatte.

Jeder halbwegs willige Christdemokrat, ob mit weißer Weste oder ohne, konnte sich mühelos einen Posten verschaffen. Inzwischen haben sich die Altkader in den Gemeinderäten, Bezirksvertretungen und Landtagen festgesetzt und verteidigen dort verbissen ihre Positionen.

Eine Geschichte mit bitterer Ironie: Die Wahlerfolge des Einheitsjahres und ihre parteiinternen Folgen verschärfen heute die Krise der Gesamtpartei. Längst hat bei den Bürgern im Osten der Ärger über schwarzen Filz und CDU-Altlasten mit dem Frust über SED/Stasi-Seilschaften gleichgezogen.

Die Bonner Parteiführung tut sich mit Konsequenzen schwer. Ihr Dilemma:

Die programmatische Neuorientierung soll schon mit dem Dresdner Parteitag im Dezember beginnen.

Kohl denkt daran, Walter Wallmann, 59, oder Bernhard Vogel, 58, beide frühere Ministerpräsidenten, beide konservativ, zum Nachfolger de Maizières im Vorsitz der Grundsatzkommission zu berufen. Auch dies nicht gerade ein Fanal, daß sich die CDU der Jugend und dem Wertewandel der Gesellschaft öffnen will.

Ein Ossi soll Stellvertreter werden. Kohls Favorit: Arnold Vaatz, 36, Chef der Staatskanzlei in Sachsen. Wenn dann noch die Fraktion in Schäubles Re-

gie gerät, könnte auch die Partei neue Impulse erhalten und für den Wahltag 1994 Hoffnung schöpfen.

Vorausgesetzt, die Wirtschaft läuft und die Staatskassen stimmen. In Hannover warnte Kohl am vorigen Mittwoch seine Partei, eine solide Finanzpolitik müsse her, „sonst sind wir weg vom Fenster“.

Zur Solidität rechnet Kohls langjähriger Widersacher, der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, Ehrlichkeit. Er will eine milliardenschwere Umverteilung zugunsten der Ostländer durchsetzen, zu Lasten der ohnehin durch Steuererhöhungen schon arg ge-

beutelten Wessis (siehe Kasten Seite 24).

Auch Schäuble hält die Bundestagswahl noch längst nicht für gewonnen. Die CDU müsse wieder Boden unter die Füße bekommen, und das werde schwer.

Das Ziel mit Kohl und nicht gegen ihn zu erreichen, will Schäuble in seinem neuen Amt versuchen. Nach Kohls Ansicht bestehe zwischen ihnen eine Art Vater-Sohn-Verhältnis, erzählte der zwölf Jahre jüngere Schäuble.

Aber an eines müsse sich Kohl noch gewöhnen: „Auch Söhne werden erwachsen.“

„Mehr Power für die Neuen“

Die Reform der von Alt-Funktionären beherrschten CDU-Ost kommt nur mühsam voran

Die Versammlung der CDU-Ortsgruppe Cottbus-Mitte fängt ganz locker an. Der Vorsitzende Burkhard Schöps, 36, versichert den Parteifreunden, die sich im Lehrkabinett des Amts für Grün- und Parkanlagen um die Resopaltische gruppieren, daß so ein Treffen „eigentlich auch ein bißchen Freizeitwert“ haben soll. Deshalb wolle er fürs nächste Mal „einen Raum mit etwas mehr Atmosphäre“ finden. Beifälliges Nicken.

Dann, noch immer freundlich im Ton, kommt Schöps zur Sache. Der Ortsgruppenchef und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende wendet sich an sein Gegenüber: „Karl-Heinz, dir sind Vorwürfe gemacht worden.“ Der Angesprochene sei hier, um vor seiner Ortsgruppe „Rechenschaft abzulegen“. Betretenes Schweigen.

Den Anschuldigungen, die Schöps der erstarrten Runde vorträgt, kann Karl-Heinz Kretschmer, 43, kaum etwas entgegensetzen: Kretschmer habe als Chef der Cottbusser Bezirksverwaltung im vergangenen Jahr seinem eigenen Bruder äußerst günstig ein Grundstück verpachtet. Nun räumt der Mann ein, das sei „wohl ein Fehler“ gewesen.

Kretschmer, ehemals CDU-Bezirkschef von Cottbus, ist einer aus der Funktionärgarde der alten Blockpartei, die ohne Schaden die Wende überstanden haben: Gegen den Wunsch der Basis hatte er einen Spitzenplatz auf der CDU-Kandidatenliste für die branden-

burgische Landtagswahl ergattert. Nach der Wahl rückte er zum Vizepräsidenten des Landtags auf – und damit zum ranghöchsten CDU-Mann in Brandenburg.

Am Tag nach dem Tribunal zog Kretschmer die Konsequenz: Er trat von seinem Parlamentsposten zurück.

Die Blockflöten von einst haben der Nachwende-CDU in den neuen Ländern eine schwere Krise beschert. An der Basis der Christenunion-Ost mucken junge und politisch unbelastete Parteimitglieder immer heftiger gegen die Alt-Unionschristen auf, die schon zu Zeiten des SED-Vasallen und jahrzehntelangen Stasi-Zuträgers Gerald Götting in der Partei den Ton angaben.

Seit ihren Wahlerfolgen von 1990, als der CDU in vier der fünf neuen Länder und in Tausenden von Gemeinden die Mehrheit zufiel, kann die Christenunion nur mit Mühe alle Ämter, Mandate und Ausschüsse besetzen.

In Thüringen etwa hat nach Angaben des dortigen Generalsekretärs Claudius Schlumberger jedes fünfte der rund 27 000 Parteimitglieder ein politisches Amt. Schlumberger stöhnt: „Bei den



Kontrahenten Schöps, Kretschmer: „Karl-Heinz, dir sind Vorwürfe gemacht worden“